

Antrag**Mietwohnungen
Wohnheime****Neubau
Ausbau u. Erweiterung****AAM**

Bitte beachten Sie die Erläuterungen zur Antragstellung!

- Alle Angaben im Antrag nur in DM -

Bewilligungsbehörde	
Betreuerin / Betreuer bzw. Beauftragte / Beauftragter	*Telefon-Nr.
Förderobjekt	

Eingangsstempel

Gemeinde
Fassung 2000
Fassung 2000
Bewilligungsbehörde
AZ:

Datum der Antragstellung: _____

A**Für das vorstehende Förderobjekt werden beantragt:**☐ öffentliche Mittel

Bitte ggf. auf besonderem Blatt aufschlüsseln und berechnen

☐ nicht öffentliche Mittel

Betrag (DM)

Baudarlehen

☐ mit verkürzter Bindungszeit
im ersten Förderweg

Baudarlehen

Baudarlehen

Zusatzdarlehen

Darlehen für Schwerbehinderte

sonstige Darlehen

Aufwendungsdarlehen

für

Anfangsbetrag

☐ Bürgschaft

DM

für ein zweitst. Darlehen von _____

für den letztang. Teilbetrag von _____

eines erstgestellten Darlehens von _____

qm förderungsfähiger Wohnfläche

DM je qm monatlich

Wfa
8641
Bock
E:
alg
wob
AAM
Antrag-2000
pm 8.5
03-2000

* freiwillige Angabe im Sinne des Datenschutzgesetzes

B

AAM

**1. Die beantragten Mittel sind bestimmt zur Förderung:
von**

- | | |
|--|---|
| ☐ Miet- und Genossenschaftswohnungen | ☐ Wohnheimplätzen |
| ☐ Mietwohnungen
in der Form der vermieteten Eigentumswohnung | ☐ Räumen für Wohnheimgäste |
| ☐ Mieteinfamilienhäusern | |

Es handelt sich um

- | | |
|--|---|
| ☐ Neubau | ☐ Ausbau und Erweiterung |
| ☐ in herkömmlicher Bauweise | ☐ in Fertigbauweise |

☐ Eine bauaufsichtliche Genehmigung ist nicht erforderlich; die Gemeinde hat die Durchführung des Baugenehmigungsverfahrens gem. § 67, Abs. 1 Nr. 3 der Bauordnung NW nicht gefordert.

☐ Ein Baugenehmigungsverfahren ist erforderlich, die bauaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt

wurde beantragt

☐ ja, am _____ AZ _____
von _____

☐ ja, am _____
bei _____

2. Angaben zum Förderobjekt *

gesamtes Objekt

zur Förderung
vorgesehen

Anzahl der Gebäude		
Anzahl der Wohnungen		
Gesamtwohnfläche der Wohnungen	= 100 %	= _____ % d. Gesamtwohnfläche
Anzahl der Garagen		
Fläche Gewerbe- / Geschäftsraum		
Umbauter Raum aller Gebäude	= 100 %	
Umbauter Raum Wohnteil	= _____ %	
Umbauter Raum Gewerbe- / Geschäftsraum	= _____ %	

3. zusätzliche Angaben bei Wohnheimen:

Anzahl der Heimplätze

in Einzelzimmern

in Doppelzimmern

Anzahl der Gästezimmer

Anzahl d. gesamten Heimplätze und Gästezimmer

Wohnfläche der Wohnheimplätze

u. Gästezimmer (§ 42 Abs. 3 II. BV)

Wfa
6541
Bock
E:
allg
wob
AAM
Antrag-2000
pm 9.5
03-2000

* Sofern eine Teilwirtschaftlichkeitsberechnung erforderlich wird, müssen die Gesamtkosten, Finanzierungsmittel und Aufwendungen aufgeteilt werden. Die Berechnungsmaßstäbe bitte auf einem besonderen Blatt erläutern.

B

4. Angaben zum Baugrundstück und zum Grundbuch

Das **Baugrundstück** befindet sich

- ☐ im Eigentum der Antragstellerin / des Antragstellers
- ☐ noch nicht im Eigentum der Antragstellerin / des Antragstellers,
ein Kaufvertrag
- ☐ ist abgeschlossen.
- ☐ wird abgeschlossen.

Das **Baugrundstück** ist eingetragen im

- ☐ Grundbuch ☐ Erbbaugrundbuch

des Amtsgerichts

für

Gemarkung

Blatt

Flur

Flurstück/e

Das Erbbaurecht ist auf die Dauer von _____ Jahren bestellt.

Größe des Baugrundstückes (qm):

insgesamt

davon:

überbaute Fläche

als Straßenland abzutretende Fläche

5. Mit den Bauarbeiten wurde begonnen:

- ☐ nein ☐ ja, mit Zustimmung der Bewilligungsbehörde am _____

Für die Durchführung der geplanten Maßnahmen wird ein Zeitraum von _____ Monaten benötigt.

6. Für das Förderobjekt wurden bereits

- ☐ öffentliche Mittel ☐ nicht öffentliche Mittel
des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes bewilligt
- ☐ nein
- ☐ ja, und zwar _____

Betrag

Aktenzeichen

Bewilligungsstelle

AAM

Gebäude-Nr.

Blatt _____ von _____

zum Antrag vom _____

PLZ	Ort	-Förderungsobjekt- Straße, Haus-Nr.

Anzahl aller

- ## Wohnungen

11

Wohnheimplätze

11

im Gebäude

- ☐ Neubau
☐ Um- u. Ausbau

[illegible]

* bei Wohnheimen tatsächliche Größe des Wohnheimplatzes

Figure 1

bitte diese Felder nicht ausfüllen!

C Wirtschaftlichkeitsberechnung**AAM**

1. Aufstellung der Gesamtkosten lt. Anlage 1 - II. BV		in DM		
		Gesamtbetrag	ggf. Aufteilung	
		DM	DM	DM
1. Kosten des Baugrundstückes				
1.1	Wert des Baugrundstückes	Positionsnummer		
	(_____ qm x _____ DM)			
1.2	Erwerbskosten			
1.3	Erschließungskosten			
2. Baukosten				
2.1 Kosten des Gebäudes				
2.11	Umbauter Raum = _____ cbm			
	Raummeterpreis = _____ DM			
2.12	besonders zu veranschlagende Bauausführungen und Bauteile			
2.13	Wert der vorhandenen und wiederverwendeten Gebäudeteile			
2.2	Kosten der Außenanlagen			
2.3 Baunebenkosten				
2.31	Kosten der Architekten- und Ingenieurleistungen			
2.32	Kosten der Verwaltungsleistungen			
2.33	Kosten der Behördenleistungen			
2.34	Kosten der Finanzierungsmittel			
2.341	Kosten der Beschaffung der Dauerfinanzierungsmittel			
2.342	Kosten der Beschaffung und Verzinsung der Zwischenfinanzierungsmittel			
2.35	Sonstige Nebenkosten			
2.4	Kosten der besonderen Betriebseinrichtungen			
2.5	Kosten des Gerätes und der sonstigen Wirtschaftsausstattungen			
G e s a m t k o s t e n		DM		
Nachrichtlich Die oben ausgewiesenen Gesamtkosten sind bereits vermindert um Kostenverzicht in folgender Höhe: Der Kostenverzicht wird wie folgt finanziert:				

Wfa
 6641
 Bock
 E:
 allg
 wob
 AAM
 Antrag-2000
 pm 6.5
 03-2000

Falls eine Teilwirtschaftlichkeitsberechnung mit weiterer Unterteilung erforderlich wird, bitte mit Zusatzblättern arbeiten.

Wfa Vordruck-Muster AAM Fassung 2000, Seite **6**

C Wirtschaftlichkeitsberechnung / 3. Aufstellung der Aufwendungen

DM

AAM

		Gesamtbetrag		ggf. Aufteilung	
Positionennummer					
Kapitalkosten					
1.	Fremdmittelzinsen für Darlehen (C 2.)	DM	DM	DM	
1.11	Darlehen 1.11				
1.12	Darlehen 1.12				
1.13	Darlehen 1.13				
1.14	Darlehen 1.21				
1.15	Darlehen 1.22				
1.16	Darlehen 1.23				
1.17	Darlehen 1.24				
1.18	Darlehen 1.25				
1.19	Darlehen 1.31				
1.20	Darlehen 1.32				
2.	Zinssatz zur Aufbringung erhöhter Tilgungen				
3.	Zinsen für Eigenleistungen (C 3.)				
3.1	_____ % von _____ DM				
3.2	_____ % von _____ DM				
4.	Erbbauszinsen				
5.	lfd. Gebühren für die Landesbürgschaft				
Bewirtschaftungskosten					
6.	Abschreibung				
6.1	1% von _____ DM				
6.2	_____ % von _____ DM				
6.3	_____ % von _____ DM				
6.4	_____ % von _____ DM				
6.5	_____ % von _____ DM				
7.	Verwaltungskosten				
7.1	je Wohnung/Heimplatz _____ DM				
7.2	je Stellplatz _____ DM				
8.	Instandhaltungskosten				
8.1	je qm Wohnfläche _____ DM				
8.2	je qm Nutzfläche _____ DM				
8.3	je Stellplatz _____ DM				
9.	lfd. Aufwendungen für Aufwendungsdarlehen				
10.	S u m m e - bitte übertragen auf die nächste Seite - DM				

Wfa
6641
Bock
E:
allg
wob
AAM
Antrag: 2000
pm 8.5
03-2000

C Wirtschaftlichkeitsberechnung / Aufstellung der Aufwendungen - Fortsetzung - **AAM**

Positionennummer	Gesamtbetrag		ggf. Aufteilung	
	DM	DM	DM	DM
- Übertrag von der Vorseite -				
11. abzüglich Aufwendungsdarlehen				
12. abzüglich sonstige Aufwendungssubventionen				
13. Z w i s c h e n s u m m e				
14. zuzüglich Mietausfallwagnis (2,04 % der Zwischensumme)				
15. Aufwendungen insgesamt				
16. abzüglich Erträge aus der Vermietung von Garagen, Stellplätzen, Hausgärten				
17. abzüglich Aufwendungsverzichte				
18. verbleibende, durch Miete zu deckende Aufwendungen	DM			

C Wirtschaftlichkeitsberechnung / 4.Berechnung der Durchschnittsmiete (entfällt bei Wohnheimen)

Die Durchschnittsmiete beträgt für die zu fördernden Wohnungen
Zeile 18 : 12 :

qm	qm	qm

je qm Wohnfläche monatlich

DM

D

Es wird beantragt, die unter C 4 ermittelten Durchschnittsmieten für die zu fördernden Wohnungen
gem. / entspr. § 72 II. WoBauG zu genehmigen.

E

Mir, der Antragstellerin / dem Antragsteller - Bewerberin / Bewerber - ist bekannt, daß Antragstellung und Bewilligung auf der Grundlage folgender Rechts- und Verwaltungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung erfolgen, namentlich

1. das Zweite Wohnungsbaugesetz (II. WoBauG)
2. die Zweite Berechnungsverordnung (II. BV)
3. das Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG)
4. die Neubaumietenverordnung 1970 (NMV 1970)
5. die Wohnungsbauförderungsbestimmungen (WFB)
6. die Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens (BürgR 1991)
7. Bestimmungen zur Förderung von Wohnheimen für Menschen mit Behinderungen (Wohnheimbestimmungen - WHB)

F

Hinweise

Grundlage für die Erhebung der in diesem Antrag geforderten Angaben (**Daten**) sind die §§ 33 und 37 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (II. WoBauG) i.V.m. § 12 des Datenschutzgesetzes NW (DSG NW) sowie § 26 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW (VwVfG NRW). Danach sollen die Beteiligten an einem Verwaltungsverfahren, also auch Antragsteller und Beauftragte, bei der Ermittlung des Sachverhaltes mitwirken, insbesondere ihnen bekannte Tatsachen und Beweismittel angeben. Eine Bearbeitung des Antrages ist nur möglich, wenn dieser vollständig ausgefüllt ist.

Die Mittel sind **Subventionen** im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches und der §§ 3 bis 5 des Subventionsgesetzes vom 29.7.1976 (BGBl. I S. 2034) sowie des Landessubventionsgesetzes vom 24.3.1977 (GV. NRW. S. 136 / SGV. NW.73).

Subventionserheblich im Sinne dieser Vorschriften sind alle Angaben dieses Antrages, der sonstigen beigefügten oder noch auf Anforderung beizubringenden Unterlagen, des Kostennachweises (Schlußabrechnung / Schlußabrechnungsanzeige) und der diesem beigefügten Belege und der noch abzuschließenden Verträge, soweit von ihnen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme, das Belassen oder die Rückforderung der Subventionen bzw. Subventionsvorteile abhängig sind.

1. Antragstellerin / Antragsteller bzw. Bauherrin / Bauherr von Mietwohnungen

Ich verpflichte mich,

1. die geförderte Maßnahme nach Maßgabe der hierfür geltenden Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen sowie der Bedingungen und Auflagen des aufgrund dieses Antrages erteilten Bewilligungsbescheides durchzuführen, insbesondere die bewilligten Mittel nur für die im Antrag genannte Maßnahme zu verwenden.

2. die geförderten **Wohnungen** entsprechend diesen Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen zu verwalten, vor allem die geförderten Wohnungen nur solchen Personen zur Nutzung zu **überlassen**, die nach den geltenden Bestimmungen, den Auflagen im Bewilligungsbescheid und von mir anerkannten weiteren Begrenzungen bezugsberechtigt sind.

3. keine höhere **Einzelmiete** für die geförderten Wohnungen zu erheben, als sie nach den geltenden Vorschriften zulässig ist.

4. geförderte **Wohnungen nicht** ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde und der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen - Wfa - zu **veräußern oder in Wohnungseigentum aufzuteilen**, solange sie als gefördert gelten. Näheres regelt der Darlehensvertrag.

5. neben der Einzelmiete **Umlagen** nur insoweit zu erheben, wie sie nach den geltenden Vorschriften zulässig sind.

6. ein **Baugeldkonto** bei einem Kreditinstitut einzurichten und auf dieses Konto alle zur Deckung der Gesamtkosten der Maßnahme vorgesehenen Finanzierungsmittel einzuzahlen und einzahlen zu lassen sowie den gesamten Zahlungsverkehr über dieses Konto abzuwickeln.

7. der Bewilligungsbehörde und der Wfa zur **Prüfung der Leistungsfähigkeit und der Zuverlässigkeit** auf Verlangen Nachweise über meine Einkommens- und Vermögensverhältnisse vorzulegen.

Darüber hinaus gestatte ich, daß die in diesem Zusammenhang erforderlichen **Auskünfte** bei Kreditinstituten, Wirtschaftsauskunfteien, anderen Bewilligungsbehörden sowie meiner Steuerberaterin / meinem Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüferin / Wirtschaftsprüfer o.ä. eingeholt werden.

In die **Auskunfterteilung** durch diese Stellen willige ich ein.

Mir ist bekannt, daß bei einer Einschränkung, Ablehnung oder Rücknahme der Zustimmung zur Auskunftserteilung sowie bei nicht fristgerechter Vorlage der erforderlichen Unterlagen die Gewährung der beantragten Mittel gefährdet sein kann.

Mir ist bekannt, daß Mittel, die zur angemessenen **Unterbringung kinderreicher Familien** bewilligt werden, nur in dem Umfang ausgezahlt werden, in dem der Erstbezug durch kinderreiche Familien nachgewiesen wird.

Mir ist bekannt, daß höhere Gesamtkosten, als sie in der der Bewilligung zugrundegelegten Wirtschaftlichkeitsberechnung angesetzt worden sind, in späteren Wirtschaftlichkeitsberechnungen nicht angesetzt werden dürfen.

-- **Ich erkläre, daß**

- **mit der Maßnahme noch nicht begonnen** wurde und auch vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides **nicht** begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluß eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten;
- die **Angaben** in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) **nach bestem Wissen wahrheitsgemäß und vollständig** sind,
- ich bisher im geförderten Wohnungsbau - nicht- als Bauherrin / Bauherr tätig war.

noch Antragstellerin / Antragsteller bzw. Bauherrin / Bauherr von Mietwohnungen**Zusatzklärung bei Beantragung von Aufwendungsdarlehn aus nicht öffentlichen Mitteln
(2. Förderweg)****Ich verpflichte mich,**

- geförderte Wohnungen für die Dauer der Zweckbestimmung höchstens zu einem Entgelt zu vermieten oder sonst zum Gebrauch zu überlassen, das die zur Deckung der laufenden Aufwendungen erforderliche Miete (Kostenmiete) nicht übersteigt.
- geförderte Wohnungen Wohnungsuchenden nur zum Gebrauch zu überlassen, wenn diese mir eine Bescheinigung der nach § 3 WoBindG zuständigen Stelle übergeben, wonach sie für die geförderte Wohnung bezugsberechtigt sind.
- eine geförderte Wohnung nur dann selbst zu nutzen, wenn die nach § 3 WoBindG zuständige Stelle meine Bezugsberechtigung geprüft und eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt hat.

2. Antragstellerin / Antragsteller bzw. Bauherrin / Bauherr von Wohnheimen**Ich verpflichte mich,**

1. das Bauvorhaben nach Maßgabe der genannten Rechts- und Verwaltungsbestimmungen sowie den Bedingungen und Auflagen des auf Grund dieses Antrages erteilten Bewilligungsbescheides durchzuführen, insbesondere die bewilligten Mittel nur für das im Antrag genannte Bauvorhaben zu verwenden und die geförderten Heimplätze und Wohnungen entsprechend diesen Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen zu verwalten.

2. der Bewilligungsbehörde und der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen - Wfa - zur Prüfung der **Leistungsfähigkeit und der Zuverlässigkeit** auf Verlangen Nachweise über meine Einkommens- und Vermögensverhältnisse vorzulegen.

Darüber hinaus gestatte ich, daß die in diesem Zusammenhang erforderlichen **Auskünfte** bei Kreditinstituten, Wirtschaftsauskunfteien, anderen Bewilligungsbehörden sowie meiner Steuerberaterin / meinem Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüferin / Wirtschaftsprüfer o.ä. eingeholt werden.

In die **Auskunftserteilung** durch diese Stellen willige ich ein.

Mir ist bekannt, daß bei einer Einschränkung, Ablehnung oder Rücknahme der Zustimmung zur Auskunftserteilung sowie bei nicht fristgerechter Vorlage der erforderlichen Unterlagen die Gewährung der beantragten Mittel gefährdet sein kann.

-- **Ich erkläre, daß**

- **mit der Maßnahme noch nicht begonnen** wurde und auch vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluß eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten;
- die **Angaben** in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) **nach bestem Wissen wahrheitsgemäß und vollständig** sind,
- ich bisher im geförderten Wohnungsbau - nicht - als Bauherrin / Bauherr tätig war.

G**AAM****Unterschriften**

Der Antrag muß von sämtlichen Grundstückseigentümern bzw. sonstigen Verfügungsberechtigten unterschrieben werden.

Mit der Unterschrift wird die Richtigkeit aller Angaben / Erklärungen dieses Antrages bestätigt und ausdrücklich die auf Seite 1 zu "Antragstellerin / Antragsteller" ausgewiesene Person / Anschrift als Zustelladresse für Briefwechsel einschließlich Bescheiderteilung bestimmt.

1

Name, Vorname

Geb. Datum

Beruf

PLZ Ort, Straße, Nr.

Unterschrift

2

Name, Vorname

Geb. Datum

Beruf

PLZ Ort, Straße, Nr.

Unterschrift

3

Name, Vorname

Geb. Datum

Beruf

PLZ Ort, Straße, Nr.

Unterschrift

4

Name, Vorname

Geb. Datum

Beruf

PLZ Ort, Straße, Nr.

Unterschrift

Wfa
6641
Bock
E:
alg
wob
AAM
Antrag-2000
pm.8.5
03-2000

3. Betreuerin / Betreuer bzw. Beauftragte / Beauftragter

Ich verpflichte mich,

1. die unter Abschnitt E jeweils zutreffenden Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen sowie die Auflagen und Bedingungen des Bewilligungsbescheides zu beachten und die bewilligten Mittel nur für die im Antrag genannte Maßnahme zu verwenden.

2. die Bewilligungsbehörde und die Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen - Wfa - über alle zu meiner Kenntnis gelangenden für die Förderung der Maßnahme rechtserheblichen Tatsachen zu unterrichten und im Rahmen der bestehenden Vertretungsbefugnis Handlungen und Rechtsgeschäfte vorzunehmen, zu denen die Antragstellerin / der Antragsteller nach dem Bewilligungsbescheid und den mit der Wfa geschlossenen Verträgen verpflichtet ist.

3. der Bewilligungsbehörde und der Wfa zur **Prüfung der Eignung und der Zuverlässigkeit** auf Verlangen Nachweise über meine Einkommens- und Vermögensverhältnisse vorzulegen.

Darüber hinaus gestatte ich, daß die in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte bei Kreditinstituten, Wirtschaftsauskunfteien, anderen Bewilligungsbehörden sowie meiner Steuerberaterin / meinem Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüferin / Wirtschaftsprüfer o.ä. eingeholt werden.

In die **Auskunftserteilung** durch diese Stellen willige ich ein.

Mir ist bekannt, daß bei einer Einschränkung, Ablehnung oder Rücknahme der Zustimmung zur Auskunftserteilung sowie bei nicht fristgerechter Vorlage der erforderlichen Unterlagen meine Anerkennung als Betreuerin / Betreuer bzw. Beauftragte / Beauftragter für diese Maßnahme gefährdet sein kann.

-- Ich erkläre, daß

- **mit der Maßnahme noch nicht begonnen** wurde und auch vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluß eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten;
- die **Angaben** in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) **nach bestem Wissen wahrheitsgemäß und vollständig** sind;
- ich bei einer Einschränkung oder Ablehnung der Zustimmung zur Auskunftserteilung die Bauherrin / den Bauherrn hiervon unverzüglich unterrichten werde, da die Gewährung der beantragten Mittel gefährdet sein kann,
- ich bisher im geförderten Wohnungsbau - nicht - als Betreuerin / Betreuer bzw. Beauftragte / Beauftragter tätig war.

Unterschrift der Betreuerin / des Betreuers bzw.
Beauftragte / Beauftragten

H

AAM

Diesem Antrag, der in dreifacher Ausfertigung
- bei betreuten Objekten in vierfacher Ausfertigung -
- bei gleichzeitigem Antrag auf Bürgschaft mit einer zusätzlichen Ausfertigung -
vorgelegt wird, sind beigelegt bzw. werden auf Anforderung der Bewilligungsbehörde
nachgereicht:

- | | |
|---|------------|
| 1. die Bauzeichnung im Maßstab 1 : 100 mit eingezeichneter Möbelstellung nach DIN <u>und</u> sofern baugenehmigungspflichtig: mit Vorprüfvermerk der Baugenehmigungsbehörde | zweifach |
| 2. die Berechnung der Wohnfläche nach II. BV (ggf. auch der Nutzfläche von Geschäftsräumen nach DIN) | zweifach |
| 3. die Berechnung des umbauten Raumes nach Anlage 2 der II. BV | zweifach |
| 4. die Baubeschreibung nach vorgeschriebenem Muster
mit ausführlicher Beschreibung und Angabe der wesentlichen verwendeten Materialien, insbesondere in den konstruktiven Bauteilen und in der Gebäudehülle, mit Angabe der verwendeten wassersparenden Installationen sowie mit einer Erklärung, daß bei Ausschreibung und Vergabe von Bauleistungen ausdrücklich zur Bedingung gemacht wird, daß keine gesundheitsgefährdenden Stoffe, z.B. Asbest, FCKW, PCB und Formaldehyd verwendet werden | zweifach |
| 5. der Lageplan (Bebauungsplan) nach den Vorschriften der Bauordnung NW | einfach |
| 6. zeichnerische Darstellung der Freiflächengestaltung im Maßstab 1 : 500 oder 1 : 250 mit Darstellung der Begrünung des Grundstücks, der Unterbringung des ruhenden Verkehrs, des Umgangs mit dem Regenwasser und dem flächenmäßigen Nachweis, daß mindestens ein Drittel der Grundstücksfläche als Grünfläche (ohne Stellplätze) gestaltet ist. | einfach |
| 7. die Vertretungsvollmacht für die Betreuerin / den Betreuer bzw. Beauftragte / Beauftragten, soweit die Einschaltung vorgesehen ist bzw. von der Bewilligungsbehörde gefordert wird | je einfach |
| 8. die Nachweise für die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Finanzierungsmittel
- unverbindliche Zusagen sind ausreichend - und über das vorgesehene Eigenkapital | einfach |
| 9. der Nachweis der Selbsthilfe und Sachleistungen auf amtlichem Vordruck | einfach |
| 10. eine Grundbuchblatt-Abschrift nach neuestem Stand | einfach |
| 11. die Bestätigung über die Einrichtung des Baugeldkontos | einfach |
| 12. in Bergsenkungsgebieten eine Erklärung der Bergbaugesellschaft über die Notwendigkeit von baulichen Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen und ggf. die Kostenübernahme | einfach |
| 13. ggf. Erklärung zum Verzicht auf den Ansatz lfd. Aufwendungen und der Kostenmietanpassung auf besonderem Vordruck | einfach |
| 14. | |

Wfa
6641
Bock
E:
allg
wob
AAM
Antrag-2000
pm.6.5
03-2000